WKF-03

Jetzt WKF-03-NEU (Das Zeitfenster schließt sich: Klimarettung JETZT!)

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt:	WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

Jetzt WKF-03-NEU

Alter Antragstext:

Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter zeigen uns: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. 25 Jahre war die Entwicklung bekannt und absehbar, ohne dass die Politik – weltweit wie auch in Deutschland – entschieden gehandelt hätte. JETZT reicht ein „Kurieren der Symptome“ nicht mehr, JETZT MUSS entschieden gehandelt werden. Die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte kumulieren sich, jedes Jahr warten verschärft die nötigen Gegenmaßnahmen. Es ist nicht mehr „5 vor 12“, sondern „die Stunde schlägt bereits“.

Hunderttausende überwiegend Jugendliche eint die Sorge um ihre Zukunft. Praktisch weltweit sind sich alle Wissenschaftler*innen einig: Wir haben nur noch ein schmales Zeitfenster von wenigen Jahren, um die Aufheizung des Klimas auf 1,5 °C begrenzen und so eine weltweite Katastrophe mit Hunderten Millionen von Opfern und Vertriebenen und allen daraus resultierenden Folgen zu vermeiden. Wir müssen JETZT handeln. Die entsprechenden Beschlüsse liegen seit Jahren vor und wer sie nicht umsetzt, verstößt gegen internationales Recht, verantwortet die Opfer wie die Schäden. Vor zehn oder zwanzig Jahren wären die nötigen Gegenmaßnahmen aus den Staatshaushalten „locker“ bezahlbar gewesen, heute wird es teuer, ist aber noch leistbar. In wenigen Jahren wäre es selbst bei größten Opfern nicht mehr finanzierbar. Darüber hinaus wird es weitere Konflikte geben, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Wasser wird knapp, bereits jetzt beginnen in Norddeutschland Konflikte zwischen Konsumenten und Landwirtschaft. Und in Indien werden in Kürze Millionen Menschen ohne Trinkwasser sein …

Der Umbau der Energieerzeugung und -einsparung, der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrs ist notwendig, und zwar alles gleichzeitig. Die FFF-Bewegung und die darin engagierten Jugendlichen haben das der breiten Öffentlichkeit vermittelt. Die Wahlergebnisse der Grünen kommen daher, dass die Wähler*innen hierzu von uns Lösungen erwarten, aber Lösungen in großen Schritten, nicht ein Kurieren in Details. Die anderen Parteien, allen voran die GroKo mit ihrem Klimaschutzpaket, haben in der Klimafrage geschlossen versagt. Wenn wir jetzt einen Regierungsauftrag bekommen, dann müssen wir auch liefern. Das will vorbereitet sein, die Eckdaten müssen vorher stehen, sie können nicht erst unter dem Druck einer Koalition in der Regierung zustande kommen.

Wir müssen Schluss machen mit der Lebenslüge, ähnlich weiterleben zu können wie bisher UND

gleichzeitig die Klimaänderung im erträglichen Rahmen halten. Grünes Wachstum mag in Teilaspekten eine Teillösung sein, die bereits spürbare Klimakatastrophe wird es allein nicht abwenden.

Ziel für Klimaneutralität Deutschland

Deutschland muss bis 2035 nahezu die „Nettonull“ erreichen, d.h. Energieerzeugung, Verkehr und Wohnen müssen treibhausgasfrei werden, die Landwirtschaft und die Industrie dürfen nicht mehr CO_2-Äquivalente emittieren, als durch Aufforstung und andere Maßnahmen gebunden werden.

Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen.

Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen führen neben allen anderen Schäden auch zu wirtschaftlichen Einbußen durch z. B. Produktionsausfälle, Ernteverluste oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es etablierte wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. Das Umweltbundesamt (UBA) hat in der gerade veröffentlichten Methodenkonvention 3.0 die Kosten durch Umweltbelastungen neu berechnet. Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid (CO_2) Schäden von rund 180,- €.[1]

- Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten vier Jahre auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO_2-Äquivalent erhöht werden, mit längeren Übergangsfristen für übermäßig stark betroffene Industrien wie z.B. Stahl und Zement.
- Dabei sind die aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“ einzubeziehen bzw. zu verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.
- In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer deutlichen Anhebung der Kosten für CO_2-äq. – in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Industrie - mit 60,- € pro T CO_2-äq. , die in wenigen weiteren jährlichen Schritten bis auf 180,- €/t erhöht werden.
- Der Reinerlös wird als Pro-Kopf-Geld an die Bevölkerung rückerstattet, um die zu belohnen, die klimabewusst leben und übermäßig Betroffenen die Umstellung zu erleichtern.
- Um bisher bereits verursachte Schäden zu kompensieren, wird der Betrag danach – jährlich angemessen angepasst an die jeweils erreichten und noch offenen Ziele (2030) – gegebenenfalls weiter erhöht.

Ausstieg aus fossilen Energieträgern

In der Energiezeugung lässt sich mit vertretbarem Aufwand schnell viel erreichen, daher haben die folgenden Umsetzungen höchste Priorität:

- Der Kohleausstieg ist bis 2030 zu beenden, die Braunkohle-Kraftwerke sind bis 2022 vom Netz zu nehmen.
- Die für die Emissionen dieser Kraftwerksblöcke vorgesehenen CO_2-Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandel (ETS) müssen gelöscht werden.
- Alle Subventionen für fossile Energieträger, direkte und indirekte, sind umgehend zu beenden.
- Als Erstes werden wir ein Einbauverbot für neue fossile Heizungen erlassen. Ein hoch subventioniertes Ausstiegsprogramm für Ölheizungen (bis 2023) und Gas (2023 bis 2027) ist aufzulegen.
- Neue Importverträge fossiler Energieträger werden nicht mehr abgeschlossen, die bestehenden schnellstmöglich rechtssicher beendet.

Ausbau Erneuerbare

Der aus verschiedenen wirtschaftlichen wie oft auch politischen Interessen ins Stocken geratene Ausbau der EE muss umgehend wieder hochgefahren werden.

- Neben auskömmlichen Einspeisevergütungen müssen auch die Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigt werden.
- Der Deckel beim Ausbau der Wind- und Solarenergie, der Ausschreibungszwang bei Wind-Onshore, die Abgabenbelastung des Strom-Eigenverbrauchs und überzogene pauschale Abstandsregelungen von Windanlagen, wie z.B. die 10H-Regelung in Bayern werden aufgehoben und ein angemessener, sinnvoll geplanter Netzausbau beschleunigt.
- Die EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch (Sonnensteuer) wird komplett abgeschafft.
- Ein Register aller nutzbaren Dach- und Fassadenflächen ist umgehend zu erstellen und der Ausbau der bestgeeigneten Flächen voranzutreiben. Neubauten sind entsprechend auszurichten und mit PV zu versehen. Eine Ausbildungsoffensive zur/zum „Solateur*in“ ist umgehend zu starten. Die Bürokratie für kleine Einspeiser muss ebenso drastisch reduziert werden wie die bei Förderanträge auf andere Klimaschutzmaßnahmen. So dürfen
z.B. Wohnungsbau-Genossenschaften nicht ihre steuerlichen Privelegien verlieren, wenn sie PV-Anlagen installieren.
- Zur Erreichung der Ziele ist es notwendig, ab sofort jährlich in einer Größenordnung von 7 Gigawatt Onshore-Windkraft und mindestens 15 Gigawatt Photovoltaik neu zu installieren und das Ausbauziel für Offshore-Windkraft im Rahmen der ökologischen Tragfähigkeit um 5 Gigawatt zu erhöhen. Das entspricht jährlich +50 TWh mehr. Damit ist 2038 der Ausbau auf die erforderlichen 1.100 TWh erreicht. Die restlichen 800 TWh

werden eingespart, wenn Wasserstoff und PtL im Volumen von 300 TWh/a importiert werden.

- Um bereits bestehende Windkraft- und Solar-Anlagen auch in Zukunft nachhaltig weiter betreiben oder anpassen zu können, sind sinnvolle Vergütungsmodelle für Weiterbetrieb und Repowering unumgänglich.
- Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürger*innen-Energie müssen umgehend umgesetzt werden. Auf die dezentrale und auch kleinteilige Erzeugung und Nutzung von EE inklusive des Aufbaus sinnvoller Wärmenetze ist höchster Wert zu legen.
- Die Subventionierung des Stroms für die energieintensive Industrie wird schnellstmöglich auf den energieintensiven Prozess beschränkt.

Energieeinsparung Elektrogeräte

Was an Energie eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, das Potential ist noch lange nicht erschöpft.

- Sämtliche Haushaltsgeräte müssen in den nächsten fünf Jahren (mit sinnvollen Übergangsfristen für einwandfrei funktionierende A++ und A+-Geräte, der Gerätetausch selbst muss sich energetisch rechnen, auch die Neugeräte-Herstellung verbraucht CO_2!) mittels eines subventionierten Tauschprogramms auf den Stand A+++ gebracht werden.
- Soweit möglich ist der Betrieb von großen Stromverbrauchern in der Industrie so zu steuern, dass er in Zeiten von Stromüberschuss im Netz stattfindet.

Energieeinsparung Wärme

- Gebäude, die von Bund, Ländern oder Kommunen gebaut werden, sind ab sofort nach dem Passivhaus-Standard zu errichten. Bei privaten Neubauten ist dieser Standard schnellstmöglich vorzuschreiben.[2]
- Öffentliche Gebäude im Bestand sind umgehend im Rahmen des Möglichen auf einen dem Passiv-Standard nahekommenden Energieverbrauch umzubauen.
- Bis 2045 müssen 80% der Altbauten auf einen Standard unter 90kWh/m^{2}a saniert werden. Schnellstmöglich sind die Brenner durch Wärmepumpen mit Effizienzgrad größer als 3 zu ersetzen.

Mobilitätswende

Notwendig sind nicht nur CO_2-freie Technologien und klimafreundliche Infrastrukturen, sondern auch vorrangig ein kultureller Wandel, für eine ökologisch und sozial gerechte Verkehrswende. Wir brauchen weniger Autos, weniger MIV, weniger LKW auf den Straßen und somit weniger Straßen, wir brauchen eine andere Mobilität. „Der Verkehr in Deutschland kostet die Allgemeinheit 149.000.000.000 € (149 Milliarden in 2017). … Zu den externen Kosten zählen alle negativen Auswirkungen der Mobilität, für die nicht die Verkehrsteilnehmer selbst bezahlen. Darunter verstehen die Studienautoren etwa Kosten, die durch Klima und Umweltschäden entstehen, oder durch die Folgen von Unfällen.“**[3]**

- Der Bundesverkehrswegeplan muss entsprechend umgestaltet werden, so dass öffentliche Mittel auf den Ausbau klimaverträglicher Mobilität konzentriert werden. Für die nächsten zehn Jahre ist zudem ein Moratorium für den Aus- und Neubau neuer

Fernstraßen
und Flughäfen erforderlich.

- Der Ausbau des Bahnnetzes muss massiv vorangetrieben werden, um Taktfrequenz und Zuverlässigkeit zu steigern und die Verlagerung des Güterverkehrs zu ermöglichen. Alle noch nicht elektrifizierten Strecken sind umgehend ganz oder in Abschnitten zu elektrifizieren und im letzteren Fall mit Akku-Fahrzeugen zu betreiben. Alternativ sind Wasserstoff- oder Brennstofffahrzeuge einzusetzen, sowie diese verfügbar sind.

- Der Trassenpreis auf Schienen wird den entsprechenden Gebühren auf der Straße und in der Luft angepasst, hier nach unten oder dort nach oben.

- In den Nahverkehrs-Tarifgebieten sind 365,- €-Jahres-Tickets anzubieten. Zur Finanzierung ist eine entsprechende Erhöhung der Regionalisierungsmittel notwendig. Mittelfristig wollen wir – nach dem entsprechenden Ausbau der Kapazitäten – einen kostenlosen Nahverkehr. Der Tarif-Wirrwarr in den einzelnen Verbünden und die teilweise schwierigen Übergangsmöglichkeiten sind umgehend zu beenden.

- Das Dienstwagenprivileg wird beendet, statt dessen werden nur noch die Kosten für den jeweiligen öffentlichen Verkehr erstattet bzw. steuerfrei gestellt. Lohnsteuermindernd können nur noch Aufwendungen für den ÖPNV – sofern vorhanden – geltend gemacht werden,
Kosten für PKW oder Kraftrad sind bei vorhandenem ÖPNV nicht mehr absetzbar.

- Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in geschlossenen Ortschaften (außer Durchgangsstraßen) wird umgehend eingeführt.

- Die künftige Bebauungsplanung gibt dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr Vorrang. Der Rechtsrahmen für städtische Mobilität und bei der Parkraumbewirtschaftung muss entsprechend angepasst werden.

- Die LKW-Maut wird künftig auf allen Straßen erhoben und so weit erhöht, dass der Straßenverkehr (inkl. des eingerechneten Zeitgewinnes) teuer wird als die Verladung auf die Schiene. Die Schienenkapazitäten sind umgehend entsprechend auszubauen.

- Für den verbliebenen LKW-Verkehr brauchen wir zunächst eine Elektrifizierung von Autobahnabschnitten, zunächst vor allem im Bereich um die Zentren, verbunden mit einem
Einfahrverbot für Diesel-LKW in die Städte. Bis 2035 müssen 8.000 km Autobahn mit Oberleitung versehen werden. In den Städten wird auf Wasserstoff oder Batterie umgestellt.

- Inlandflüge sowie Flüge unter 800 km ins benachbarte Ausland – inklusive Zubringerflüge – werden per Gesetz auf mindestens den regulären Bahnfahrkartenpreis ohne Ermäßigung verteuert und bis spätestens 2025 durch den Ausbau entsprechender schneller Zugverbindungen ersetzt. Jede Subvention, auch indirekte, von Flughäfen oder Fluggesellschaften wird sofort eingestellt. Der Flugverkehr, insbesondere auch der Fernflugverkehr muss ebenfalls mit 180 €/t CO_2 belegt und bis 2035 auf EE-Kerosin, Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen umgestellt werden.

- Der Schifffahrt, die deutsche Häfen nutzt, werden Auflagen gemacht, bis spätestens 2025 vollständig auf Schwerölantrieb zu verzichten und andere Antriebsarten sowie Katalysatoren und/oder Filter zu nutzen. Der Schiffsverkehr muss bis 2035 auf EE-Treibstoffe Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen sowie bei Fähren auf Batteriebetrieb umgestellt werden. Alle Anliegeplätze werden bis dahin mit Stromanschlüssen ausgestattet. Ab dann wird der Betrieb von Schiffsmotoren im Hafen zur Stromversorgung untersagt.

INDUSTRIE

Professor Manfred Fischedick, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie: „Durch optimierte Prozesse und mehr Energieeffizienz kann die Industrie nur noch maximal ein Viertel der Treibhausgase sparen. Um richtig voranzukommen, braucht sie also völlig neuartige Ansätze.“ Betroffen sind in Deutschland vor allem folgende Industriesparten: Eisen- und Stahl, Raffienerien, Zement, Chemie, Aluminium, Glas und Keramik, Kalk und Papier. Ambitionierte Betriebe verringern ihren CO_2-äq.-Ausstoß demnach jährlich um 1,7 Prozent – nötig seien aber 2,6 Prozent Minus. Die Industrie insgesamt hat 2018 rund 196 Millionen Tonnen Klimagas ausgestoßen, weniger als im Jahr 2000, aber etwas mehr als 2010. [4]

Auch der Umbau der Industrie muss so unterstützt werden, dass in der Summe möglichst keine Arbeitsplätze vernichtet werden. In manchen Bereichen wird das nicht vollkommen funktionieren (Raffinerien), dafür werden in anderen Bereichen zusötzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

In der Stahlproduktion lässt sich z.B. Koks durch Wasserstoff ersetzen, der zudem durch überschüssigen Wind- oder PV-Strom produzierbar ist. CO_2 lässt sich teilweise sogar nach Abtrennung als Rohstoff verwenden. Die neuen Techniken werden große Menge grünen Strom und
Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen erfordern, auch das muss rechtzeitig eingeplant werden. Aber wenn Deutschland seine führende Rolle in der Weltwirtschaft behalten will, muss auch hier sofort ein Umsteuern stattfinden.

Landwirtschaft in Deutschland umbauen

Landwirtschaftliche und vor allem ungenutzte Böden können als Kohlenstoffsenken zur Bewältigung der Klimakrise beitragen. Die Übernutzung der Böden durch die Agrarindustrie und die Belastung durch den Klimawandel machen unsere Landwirtschaft zum CO_2-äq.-Emittenten. [5],
[6]

- Wir brauchen daher einen schnellen Umbau unserer Landwirtschaft, weg von der Übernutzung und wertevernichtenden Ausbeutung zu einem ausgeglichenen Kreislauf.
- Alle künftig gezahlten Agrarsubventionen sind daher an die Einhaltung von strengen Umwelt- und Klimaschutzleistungen zu binden.
- Der Fleischkonsum (vor allem Rind- und Schaffleisch), aber auch der Konsum von Milchprodukten in Deutschland muss wirksam reduziert werden. Überdüngung durch das Ausbringen der Abfälle der Massentierhaltung (vor allem Rindfleisch, in geringerem Maß Schweinefleisch) ist ebenfalls ein klimarelevantes Problem. Das bedeutet:

Fleischprodukte – außer Bioware nach höchstem Standard – müssen durch strengere Tierschutzstandards teurer werden.[7]

- Erforderlich ist eine schnelle deutliche Reduktion der Tierbestände durch eine Einschränkung der Massentierhaltung, besonders in den viehintensiven Regionen.
- Die Zahl der gehaltenen Tiere ist an die zur Verfügung stehende Fläche zu binden.
- Neue gewerbliche Tiermastanlagen werden nicht mehr zugelassen.
- Sämtliche Rechts- und Fördergrundlagen werden an dieses Ziel angepasst.
- Das Düngerecht ist sofort EU-rechtskonform und ambitioniert zu reformieren und vor allem streng zu kontrollieren und Verstöße spürbar zu ahnden.
- Wir werden keine Landwirtschaft auf organischen Böden zulassen[8], Moore wieder vernässen und ein Humusmonitoring einführen.

Die aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Umwandlung von Ackerland
in Blühwiese) sind von einem echten Ausgleich weit entfernt.[9]

- In zwei Schritten wollen wir zunächst einen echten 1:1 Flächenausgleich einführen.
- Im 2. Schritt wird die Neuversiegelung nur noch erlaubt, wenn die gleiche Fläche in räumlicher Nähe entsiegelt wird.

Den Wald retten und zum Klimaschutz verwenden

Ähnliches gilt auch für – wie der richtige Namen schon zeigt – für die „Forstwirtschaft“.
Wälder und Moore könnten als Kohlenstoffsenken zur Bewältigung der Klimakrise beitragen.
Aber Abholzung für Landnutzungsänderungen und die Belastung durch den Klimawandel machen
auch die Forstwirtschaft zum CO_2-Emittenten.

- Ein naturgerechtes Aufforstungsprogramm ist umgehend aufzulegen.
- Der Umbau naturferner Fichten- und Kiefernplantagen zu natürlichen, heimischen Mischwäldern muss sofort eingeleitet werden.
- Die deutsche Regierung wird umgehend eine Koalition der Industrienationen schmieden, welche die noch vorhandenen Regenwälder mit Zustimmung der beteiligten Regierung unter
dauerhaften Schutz stellt, dort ein Wiederaufforstungsprogramm finanziert, in die Sicherstellung der Artenvielfalt investiert, den Schutz der indigenen Völker sichert und so in den Regionen Tausende neuer Arbeitsplätze schafft.
- Alle Handels-Abkommen mit Drittländern, in denen weiter illegal Regenwald abgeholzt wird, werden umgehend eingefroren.

Finanzierung: Grüne Null statt Schwarzer Null

Das dringend erforderliche, aber unabdingbare Klimaschutzprogramm inkl. Umbau der Wirtschaft
und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht aus der Portokasse finanzierbar. Der US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders rechnet bezogen auf die USA mit 16,3 Billionen US-$ für 10 Jahre (das entspricht pro Jahr 1.500 Milliarden €).[10] Für Deutschland wäre dies eine Größenordnung von ca. 500 Milliarden € pro Jahr. Die von der Bundesregierung jetzt

eingeplanten 54 Milliarden bis 2030 sind dagegen ein „Tropfen auf den heißen (!) Stein“. Die im Moment (und auch mittelfristig noch zu erwartenden) Null- bzw. Minuszinsen ermöglichen eine nahezu neutrale Finanzierung. An jedem Euro, den die Regierung ausleiht, verdient (!!) sie aktuell inflationsbereinigt ca. 2%. (Stand Sommer 2019).

Sofortprogramm zur Beschleunigung des KLimaschutzes:

In einen möglicherweise anstehenden Koalitionsvertrag wird verbindlich festgelegt, dass bereits im ersten Jahr massiv mit der Umsetzung des Handlungsplanes für das Klimaschutzprogramm begonnen und bei regelmäßiger Überprüfung der Fortschritte gegebenenfalls jährlich nachgebessert wird. Es wird ein Sofortprogramm festgeschrieben, das den Ausbau von Stromspeichern, die Anpassung des Netzausbaus, den Umbau des Verkehrs, die

Sanierung des Gebäudebestandes inkl. Heizung sowie ein den Klimazielen angepasstes Ernährungsprogramm anschiebt.

[1]https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-
umweltschutz

[2]https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/

[3]https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen

[4]https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690

[5] Genauer: auch zum N2O- und Methan-Emittenten, N2O hat die 300-fache Klimawirkung, Methan
die 25-fache. https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase

[6]https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor

[7]https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-2

[8] Böden mit einem hohen Anteil organischer Kohlenstoffverbindungen – speichern 30 bis 50 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs der Erde

[9]http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html

Begründung

Die Gro-Ko-Regierung hat mit ihrem angeblichen Plan zur Klimarettung vom 20.9.2019 ihr Versagen eindrucksvoll demonstriert. Zur Ablösung dieser Versager muss ein sofort umsetzbarer Plan vorliegen, der umgehend nach der Einigung auf eine neue Regierungskoalition umgesetzt werden kann. Gehen die Grünen in eine neue Regierung, so sind diese Forderung die Basis der Verhandlung, letztlich werden SIE gebraucht, um die vertraglich von den Vorgängerregierungen verbindlich zugesagten Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Wir Grünen können in Koalitionsverhandlungen daher nur unsere Zustimmung geben, wenn das Gesamtpaket unsere vertraglichen Ziele (Paris!) erreichbar macht.

Ziel ist es, die grüne Politiklinie für die nächsten Jahre (hoffentlich in der Regierung!) festzuschreiben. Dabei muss eine radikale Umsteuerung erfolgen, sollen die (auch von Deutschland völkerrechtlich verpflichtend!) gesetzten Klimaziele erreicht werden. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Verzicht von uns allen gelingen. Das müssen wir den Wähler*innen offen sagen und der Großteil unserer Wähler*innen erwartet dies auch von uns. Es ist besser wir „verprellen“ jetzt 5 % unserer potentiellen Wähler*innen, als dass wir in der Regierung genauso scheitern wie die bisherigen Regierungsparteien und nach wenigen Jahren genauso abstürzen wie diese. Allerdings soll der Beschluss Grüne Mandatsträger nicht in der Art festlegen, dass sie nur dann (auch in Bundesländern übrigens) in eine Regierungsbeteiligung gehen, wenn das skizzierte Programm Regierungslinie wird. Auch wenn wir mit der Physik der Klimakrise nun mal keine Kompromisse schließen können, werden wir nicht umhin können, Kompromisse in der Politik aufgrund der Mehrheitslage schließen zu müssen. Die Abwägung, wo genau der vertretbare Kompromiss liegt zwischen anzustrebenden Zielen und erreichbaren Möglichkeiten müssen die jeweiligen Parteiorgane letztendlich entscheiden.

Die Beschlussvorlage ist bewusst kurz gehalten, er soll keine Doktorarbeit zum Klimaschutz oder einzelnen Lösungspfaden werden oder Altbekanntes und Selbstverständliches wiederholen, sondern ein verständliches Festschreiben der wichtigsten Leitlinien und des Weges in Richtung des 1,5°-Ziels darstellen. Details werden ohnehin im Koalitionsvertrag und den Regierungsvereinbarungen festgeschrieben, WIR müssen den Rahmen dafür festlegen.

Wir – wie auch unsere Wähler*innen – haben verstanden, dass ohne massive Einschnitte in unserem Alltag die notwendigen Ziele nicht erreichbar sind. Strafzahlungen an die EU wegen der Nicht-Einhaltung unserer Vertragsverpflichtungen sind besser in Klimaschutzmaßnahmen investiert! Und mit der „Klimadividende“ zahlen wir alle(!!) Mehreinnahmen pro Kopf an alle Bürger*innen zurück: Wer also klimabewusst lebt, hat mehr im Portemonnaie, die Nicht-Einsichtigen und unbelehrbaren Klimabelaster*innen zahlen drauf.

Weitere Quellen:

- https://fridaysforfuture.de/forderungen/
- https://fridaysforfuture.de/forderungen/
- Klimakrise: Was jetzt getan werden muss, Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz
- https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L
- http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html
- https://wissenwiki.de/Passivhaus
- https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article_id=424933
- https://www.boell.de/de/2018/10/16/missing-pathways-15degc-die-bedeutung-des-landsektors-fuer-ambitionierte-klimapolitik
- https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck
- https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/
- https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz)
- https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4

weitere Antragsteller*innen

Dietmar Rieth (Südwestpfalz KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenberg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Paul Finkeldey (Aurich-Norden KV); Jürgen Janssen (Wesermarsch KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Kathrin Weisser (Karlsruhe-Land KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Benedict Wieters (Köln KV); sowie 14 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.